

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 7

Artikel: Die Teuerungswelle
Autor: Giovanoli, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

internationalen Währungsstandards einzutreten. Ein Land, das so sehr in den internationalen Handel, in den internationalen Kapital- und Menschenverkehr eingebaut ist, hat ein entscheidendes Interesse an einer neuen internationalen Grundlegung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Auch aus diesen Erwägungen würden wir eine selbständige Preispolitik der Schweiz, eine isolierte Hause der schweizerischen Preise, ablehnen.

Nicht eine gefährlich überspitzte Hochkonjunktur und nicht die nationale Abschließung kann das Ziel unserer Wirtschafts- und Währungspolitik sein, sondern die möglichste Stabilisierung der Wirtschaft bei möglichst vollständiger Ausnutzung der gegebenen Produktionsmöglichkeiten und die weitestgehende Bereitschaft zur internationalen Arbeitsteilung.

Die Teuerungswelle

Von Dr. Fritz Giovanoli.

Die Flitterwochen der Abwertung sind vorüber!

Der Franken bleibt ein Franken! So hat es in der feierlichen Proklamation geheißen, die Bundespräsident Meyer in seiner berühmten Sonntagspredigt vom 27. September seinem überraschten Volke in pastoralen Tone verkündet hat. Wozu beigelegt wurde, die Bevölkerung »möge sich bewußt sein, daß eine direkte Wertverminderung des Geldes im Inland nicht eintritt« und es sei auch nicht die Absicht des hohen Bundesrates, jenen, die durch Lohnabbau und Krise in ihren Bezügen gekürzt wurden, »eine weitere Last in Form der Geldentwertung zuzufügen«. Was von all dem übriggeblieben ist, kann heute, nach erst vier Monaten, schon festgestellt werden. Die Teuerung hat mit Wucht ein Gebiet nach dem andern erfaßt. Die Lawine ist im Rollen, und niemand weiß, wo sie landen wird. Es hat keinen Sinn, diese Perspektiven zu verschleiern, man muß sich mit ihnen auseinandersetzen.

Die Teuerungswelle der letzten Wochen hat *zwei Ursachen*: einmal die *Abwertung* und zweitens die *Preisseigerung auf den Weltmärkten*, die uns auch ohne Abwertung in einem geringeren Ausmaß eine Teuerung gebracht hätte. Die Entwicklung der Dinge zeigt, daß die Schweiz die Abwertung unter ungleich ungünstigeren Umständen vornahm als andere Länder, die den Schnitt früher in einer *Periode fallender Weltmarktpreise* vorgenommen haben. *Die Periode nach der Abwertung ist für die Schweiz zugleich die Periode steigender Weltmarktpreise*. Kommt dazu die Tatsache, daß wir für Rohstoffe ausschließlich und für den Lebensmittelbedarf zu einem wesentlichen Teil auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen sind. Hierfür möge der Hinweis genügen, daß wir in den drei Jahren 1934 bis 1936 im Durchschnitt pro Jahr für 800 bis 850 Millionen Franken Rohstoffe und Lebensmittel einzuführen hatten. Dabei waren das Jahre tiefer Weltmarktpreise und einer Wirtschaftskrise, die keinen großen Rohstoffbedarf aufwiesen.

Die Preisentwicklung auf den Weltmärkten seit 1934.

Ware	Notierung	Dez.	Dez.	Okt.	Dez.	Jan.
		1934	1935	1936	1936	1937
Weizen	Winnipeg, cents per bushel	78.50	84.63	108.12	129.38	122.88
Kaffee	Neuyork, Rio Nr. 7, cents p. lb.	9.38	6.38	8.05	8.88	8.13
Leinöl	London, £ p. t.	19.75	27.75	25.50	28.—	28.—
Soyaöl	London, £ p. I. t.	17.75	21.75	22.—	28.75	27.75
Kupfer	London, £ p. t.	28.31	35.06	42.75	49.38	52.50
Wolle	Antwerpen, d. p. lb.	23.88	28.25	29.75	34.50	34.—
Baumwolle	Neuyork, cts. p. lb.	12.85	12.10	12.06	13.04	12.35
Kautschuk	London, d. p. lb.	6.38	6.56	8.19	10.25	10.31
Rohöl	Mid-Kontinent, \$ je Faß	0.94	0.94	1.04	1.04	1.04
Petroleum	Mid-Kontinent, cts. p. gall.	3.44	3.44	3.31	3.81	3.94
Benzin	Mid-Kont., o Z. 62, cts. p. gall.	3.94	4.81	4.69	4.81	4.81

Die obige Tabelle gibt für einige repräsentative Waren des Weltmarktes ein Bild der Preisentwicklung seit Ende 1934.

Für die *Preisentwicklung von Getreide* wurden an der Genossenschaftsratssitzung des Lebensmittelvereins Zürich vom Geschäftsleiter H. Rudin instruktive Zahlen gegeben:

Die für die schweizerische Einfuhr wichtigsten Getreidesorten sind der amerikanische *Manitobaweizen* und der *Plataweizen*, die im vierten Quartal der Jahre 1929—1936 ab Antwerpen folgende Preise in Franken notierten:

Im 4. Quartal	Manitoba	Laplate
1929 31.—	26.50	
1930 13.50	10.50	
1931 13.50	—.—	
1932 9.40	8.25	
1933 —.—	7.—	
1934 —.—	—.—	
1935 11.25	11.25	
1936 24.50	19.75	

Für die Ursachen dieser Rohstoffhausse des letzten Jahres seien aus einem ausführlichen Bericht im Handelsteil der »Neuen Zürcher Zeitung« (Nr. 146 vom 26. Januar u. f.), dem auch die oben wiedergegebenen Rohstoffpreise entnommen sind, einige Stichworte zitiert: künstliche Verknappung der Produktion, Mißernten auf einigen Produktionsgebieten, Bildung von Vorräten aus Kriegsangst, Eideckungskäufe ängstlicher Verarbeiter, die »zu spät zu kommen« befürchten; die Außenseiterspekulation, die nach Abgrasung der Devisen- und Effektenmärkte auf die Warenmärkte übergegangen sind, und nicht zum geringsten die Rückwirkungen der unter Hochdruck arbeitenden Rüstungsindustrie. Beiläufig sei in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen: Was geschieht mit den Rohstoffpreisen, wenn die Eideckungsperiode vorüber ist und die internationale Rüstungshausse doch wider alle Erwartungen gestoppt wird? Die Antwort liegt auf der Hand: *neuer Zusammenbruch der Rohstoffpreise und neue Weltkrise*. Eine Perspektive, die für diesen Fall um so wahrscheinlicher ist, als

unter dem Eindruck der Preishausse die Produktionsgebiete auf verschiedenen Gebieten wieder wesentlich vergrößert und riesige Investitionen vorgenommen wurden und werden. Deshalb auch von dieser Seite aus das Interesse an der Aufrechterhaltung der Rüstungen und damit zusammenhängend Steigerung der Kriegsgefahr. Das nebenbei.

Die Erhöhung der Detailpreise im Inland.

Daß sich nach der Abwertung die Auswirkungen im Kleinhandel erst nach enger Zeit zeigen würden, lag auf der Hand. Für manche besteht die Ueberraschung im Tempo und im Ausmaß! Ich erinnere mich an weise Prophezeiungen in- und außerhalb des Bundeshauses, wo man mit Verwendung eines großen mathematischen Apparates darzulegen bemüht war, daß man innert Jahresfrist mit einer Verteuerung der Gesamtlebenshaltung von etwa 3 bis 5 Prozent rechnen könne. Nach vier Monaten Abwertung und glorreicher Tätigkeit einer mit viel Aufwand aufgezogenen Amtsstelle, die den offiziellen Titel *Eidgenössische Preiskontrollstelle* trägt und im Volke draußen bereits als Eidgenössische *Preisverteuerungsstelle* genannt wird, ist dieses Ausmaß bereits überschritten.

Die Indexzahlen des Eidgenössischen Bundesamtes liegen für den Monat Februar noch nicht vor. Sie geben übrigens für den tatsächlichen Stand der Teuerung auch noch kein richtiges Bild, weil wichtige Änderungen, zum Beispiel der Bekleidung, nur halbjährlich erfaßt werden und der Index folglich nachhinkt.

Die Ergebnisse der Indexberechnung des statistischen Amtes einer Großstadt, in dem die Februarzahlen bereits enthalten sind, zeigen immerhin, daß im Durchschnitt der *Gesamtlebenshaltungskosten* seit dem September bereits eine Teuerung von annähernd 5 Prozent nicht nur erreicht ist, sondern *hinter uns liegt*. Für die wichtigsten Positionen, die von der Teuerung betroffen sind, ergibt sich in dieser Stadt das folgende Bild, wenn man den Stand vom September 1936 gleich 100 setzt:

Ausgabengruppe	September	Februar
	1936	1937
Nahrung im ganzen	100	106,8
Milch und Molkereiprodukte	100	104,4
Fleisch, ohne Wurst	100	100,8
Fette und Oele	100	106,3
Brot und Getreideprodukte	100	124,1
Kartoffeln	100	122,4
Kaffee	100	103,1
Brennstoffe und Seife	100	102,9
Kohlen	100	116,7
Seife	100	107,1
Bekleidung	100	107,2

(Bei der Bekleidung sind die Februaraufschläge noch nicht berücksichtigt.)

Der von dieser Stadt errechnete *Index für Nahrung, Brennstoffe und Bekleidung allein*, also ohne Miete, zeigt eine Teuerung von 6,5 Prozent. Damit deckt sich fast genau die Indexberechnung des Allgemeinen Consum-Vereins in Basel, der für den 1. Februar eine Teuerung von 6,42 Prozent berechnet. Wird die Berechnung bei gleichbleibender Brotqualität gemacht, so ergibt sich beim ACV. eine Erhöhung des Lebensmittelindex um 9,14 Prozent.

Die eben zitierten Indexzahlen werden indessen rasch überholt sein und lediglich akademisches Interesse bieten. Es ist eitel Gauklerei, wenn man heute vorgibt, daß man mit einer Teuerung von durchschnittlich 5 Prozent »auskomme«, wo selbst ein Bundesrat Obrecht wissen sollte, daß sachkundige Wirtschaftsführer (und Bundeshausexperten!) der begründeten Auffassung sind, man müsse zufrieden sein, wenn man

mit einer Teuerung von 15 Prozent »davonkomme«!

Den oben wiedergegebenen städtischen Indexzahlen liegen die folgenden Preisbewegungen bei den wichtigsten Waren, die eine Versteuerung aufweisen, zugrunde (in Rappen):

	Verkaufseinheit	Sept. 1936	Febr. 1937	Differenz
Schweinefleisch, frisch	1 kg	320	330	+ 10
Schweinefett, roh, einheimisches . . .	1 kg	185	200	+ 15
Schweinefett, ausgelassen, einheim. . .	1 kg	195	220	+ 25
Zervelatwurst	1 St.	20	25	+ 5
Kutteln, gekocht	1 kg	270	280	+ 10
Milch	1 l	31	32	+ 1
Butter (im 100-Gramm-Verkauf) . . .	1 kg	500	530	+ 30
Käse, Emmenthal, prima	1 kg	265	290	+ 25
Kokosnußfett	1 kg	170	180	+ 10
Arachidöl	1 l	145	140	- 5
Brot, Vollbrot	1 kg	35	40	+ 5
Weißmehl	1 kg	35	55	+ 20
Teigwaren, offen, Mittelqualität . . .	1 kg	65	95	+ 30
Kristallzucker	1 kg	44	47	+ 3
Kartoffeln, Herbstpreis	100 kg	1200	1550	+ 350
Kartoffeln, Tagespreis	1 kg	17	20	+ 3
Kaffee, mittlere Sorte, geröstet . . .	1 kg	325	335	+ 10

Noch ein anderes Beispiel der Detailpreiserhöhungen. Der ACV. in Basel notierte vom 1. Januar bis zum 1. Februar folgende Änderungen:

	1. Januar	1. Februar	Erhöhung
Kochbutter	kg 4.—	4.—	+ 30
Tafelbutter	kg 4.80	5.05	+ 25
Emmentaler	kg 2.60	2.90	+ 30
Weizengrieß	kg —.36	—.52	+ 16
Teigwaren, offen	kg —.50	—.76	+ 26
Teigwaren, Paket	kg 1.20	1.40	+ 20
Reis, Camolino	kg —.38	—.40	+ 2
Reis, italienischer	kg —.40	—.42	+ 2
Kaffee, Santos, grün	kg 1.80	2.—	+ 20

Die *Brennmaterialien* sind nach Aufstellungen des Lebensmittelvereins Zürich seit 19. Oktober bis zum 21. Januar wie folgt im Preise gestiegen:

Belg. Anthrazit, 30/50 mm	+ 16 %
Belg. Würfel, 30/50 mm	+ 15 %
Unionbrikette, offen	+ 17 %
Lochbrikette, Eiform York	+ 10 %
Ruhrbrechkoks, Zechenware	+ 20 %
Zürcher Brechkoks, Gaswerk	+ 20 %
Russ. Anthrazit	+ 16 %

Nach den gleichen Angaben sind auf andern wichtigen Gebieten an Preissteigerungen zu verzeichnen:

Schaffhauser Wolle. Anfang Januar Aufschlag für kurante Sorten von 75 auf 90 Rappen und von 90 Rappen auf Fr. 1.05 per Strange zu 50 Gramm. Verteuerung 15 bis 20 Prozent.

Schuhbranche. Im Dezember erlaubte die Eidgenössische Preiskontrolle Aufschläge von 5 und 7 Prozent. Neueingänge ab Februar erleiden Aufschläge von 15 bis 20 Prozent.

Bekleidungsbranche. In der Konfektion muß bis Frühjahr mit einer Verteuerung von 10 bis 15 Prozent gerechnet werden. Für die Frühjahrseingänge sind zu rechnen bei Wollstoffen 15 Prozent (englische, auf die man allerdings nicht angewiesen ist, sogar bis 30 Prozent), bei Weißwaren 30 Prozent, bei Trikotagen bis zu 20 Prozent Verteuerung.

Eisen- und Blechwaren. Aufschläge bis 20 Prozent, Steingut und Porzellan 10 Prozent.

Das ist der Stand für heute, Ende Februar. In kurzer Zeit wird das Bild noch wesentlich anders aussehen.

Die Methode der Dunkelkammer, der Düpierung und Verschleierung.

Wir meinen damit die Arbeitsmethoden der Eidgenössischen Preiskontrollstelle. Ein *Muster* hierfür bildet das Geheimzirkular Nr. 45 vom 2. Februar 1937. Für die »Neugestaltung der Gewichte und Preise von Kleingebäck« will die Preiskontrollstelle, wie sie sich formvollendet und gewählt hören läßt, »dem Wunsche Ausdruck geben, daß bei Wasserbrötli, Weggli und Gipfeli an den bisherigen Stückpreisen festgehalten und der erforderliche Preisausgleich durch angemessene Reduktion des Stückgewichtes oder der Stückgröße gesucht wird«. Mit andern Worten: man will den *Schein* erwecken, als werde das Kleingebäck nicht verteuert. Und die Preiskontrollstelle mit dem Bundesrat ist würdelos genug, zur Erreichung dieses Ziels zu den *Methoden der Düpierung* des Volkes zu greifen. Sie haben nur eines in ihrer naiven Kalkulation vergessen: daß die Preiskontrollstelle mit solch erbärmlichen Spekulationen den letzten Kredit verliert.

Die Eidgenössische Preiskontrollstelle wurde nicht müde, zu erklären, daß die *öffentliche Kontrolle* der Preisbewegung das durchschlagendste Mittel gegen Preistreibereien sei, und sie forderte die Oeffentlichkeit auch zu wiederholten Malen auf, Fälle der Uebervorteilung und Preistreiberei rücksichtslos durch Denunziation zur Anzeige zu bringen. Im völligen Widerspruch hierzu betreibt sie ihr eigenes Geschäft, man muß gerechterweise einräumen, mit einem Grund, *unter Ausschluß der Oeffentlichkeit* in einer Art *Dunkelkammer*. Ihre Kreisschreiben und Ordonnanzen sind alle vertraulich oder werden als solche behandelt. Eine der gerechtfertigsten Forderungen ist offensichtlich die Veröffentlichung ihrer Weisungen. Jede andere Praxis gehört zur Methodik autoritärer Regierungen und ist dazu angetan, den Schweizer bockbeinig zu machen.

Der Kampf gegen die Teuerung

ist zu einem *Problem der Tagespolitik* geworden. Wenn heute eine Teuerung von 6 Prozent und morgen eine solche von 15 Prozent festgestellt werden muß, dann heißt das, daß ohne entsprechende Lohn erhöhungen die Lohnarbeiterklasse einen Lohnabbau von 6 Prozent heute und von 15 Prozent morgen zu registrieren hat. Zum Lohnabbau der Deflationsperiode hat der Arbeiter und Angestellte noch jenen der Abwertungsperiode erhalten. Deshalb auch die Forderung nach Lohn erhöhung als konsequente und logische Folgerung.

Die *Bauernklasse* wird sich sagen müssen, daß ohne Lohnerhöhung Kaufkraftsenkung die Folge ist und unter solchen Umständen niemand da sein wird, der ihre erhöhten Preise bezahlen kann. *Der Bauer soll seinen Preis und der Arbeiter seinen Lohn haben.* Es sind Lösungen denkbar, wo bei landwirtschaftlichen Produkten die für den Bauer notwendigen Preisausgleiche ohne Abwälzung auf die Konsumenten durchgeführt werden können. Das zeigte der Vorschlag der Richtlinienverbände in der Milchpreisfrage.

Die bisherige Abwertungspolitik des Bundesrates

und der herrschenden großbürgerlichen Regierungsallianz ist so steril wie jene der vorangegangenen Deflationsperiode. Bundesrat und Parlamentsmehrheit lehnten die Milchpreisvorschläge der Richtlinienparteien ab, ebenso die Mobilisierung des Goldaufwertungsgewinnes der Nationalbank und die Besteuerung der privaten Abwertungsgewinne, ebenso die Reduktion von Zollpositionen, wie es zum Ausgleich der Teuerung wünschbar wäre, und ebenso eine planmäßige Arbeitsbeschaffungspolitik, die über das bisherige Stück- und Flickwerk hinausgeht.

Wer nicht Illusionen aufkommen lassen will, muß sich darüber Rechenschaft ablegen, daß der Bundesrat der Abwertungspolitik der gleiche ist, der vorher gegen das Volk die Deflationspolitik im Interesse einer hauchdünnen Kapitalistenklasse organisiert hat. Er wird,

getrieben von den gleichen Klasseninteressen,

ausch die Politik nach der Abwertung gegen die Interessen und die

Ansprüche der schaffenden Volksmassen der Fabriken und der Scholle betreiben. Denn darin allein erschöpft sich der »Sinn« der Abwertung für den Kapitalismus und den von ihm beherrschten Staat: Für ihn handelt es sich darum, seine Profitrate »wieder in Ordnung zu bringen«, die Abwertungschance in seinem *kapitalistischen* Interesse auszunützen und zu versuchen, die Lasten auf die werktätigen Schichten abzuwälzen. Es ist unsere Sache, die Gegenkräfte und den Gegenstoß zu organisieren.

Die Lohnentwicklung in der Schweiz

Von Fritz Schmidlin.

Durch die Preisbewegung der letzten Monate sind auch die *Lohnfragen* wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Es lohnt sich daher wohl, die Entwicklung der Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahren einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Seit Beginn der Krise ist einem Teil der schweizerischen Presse — namentlich soweit sie großindustrielle und großkapitalistische Interessen verficht — die Sache immer so dargestellt worden, als ob das »hohe schweizerische Lohnniveau« dafür verantwortlich sei, wenn der schweizerische Export starke Ausfälle zu verzeichnen habe. Es ist von gewerkschaftlicher Seite nie bestritten worden, daß das Lohnniveau für die Preisgestaltung der Exportprodukte eine gewisse Rolle spielt. Allein soviel steht heute fest: Die Bedeutung des Lohnes als Faktor für die Gestehungskosten ist von gewisser Seite *maßlos übertrieben* worden. Wissenschaftliche Untersuchungen besagen, daß der Lohnanteil — je nach Art des Betriebes — etwa 10 bis 30 Prozent der Gestehungskosten in der *industriellen* Produktion ausmacht. Wir haben daher immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß mit dem Lohnabbau allein der schweizerischen Exportindustrie nicht geholfen werden kann und daß der Nutzen, welcher dem Export aus den Lohnsenkungen erwächst, weit geringer ist als der Schaden, der durch diese Maßnahmen (Zerstörung der Kaufkraft!) dem Inlandsmarkt zugefügt werde. Die Erfahrungen, die mit der gegen den Willen der Arbeiterschaft erzwungenen Lohnabbaupolitik gemacht worden sind, haben die Richtigkeit dieser Auffassung in allen Teilen bestätigt.

Es ist notwendig, diese Tatsachen heute in Erinnerung zu rufen, weil die Industrie auch heute schon wieder gegenüber der kleinsten Lohnforderung die »Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit« ins Feld führt. Wenn man weiß, daß vielerorts die Exportpreise weit über das durch die Abwertung gegebene Maß erhöht worden sind, dürfte es den Herrschaften schwerfallen, berechtigte Lohnforderungen der Arbeiterschaft wiederum mit dem Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit abzulehnen, um die Vorteile der Abwertung restlos für sich in Anspruch zu nehmen, deren Nachteile aber in vollem Umfange auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen.

Indessen soll die vorliegende Studie nicht einer Auseinander-